



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag 19. Oktober 2018

Band 12, Ausgabe 17

## Themen

### Familie

### Wohnungsbau

### Sozialversicherung

### Forstwirtschaft

„Selbst bei besten Wirtschaftsdaten, bei fast Vollbeschäftigung in fast allen Teilen Bayerns reicht das für die Menschen noch nicht aus, wenn etwas nicht da ist, was eben so wichtig ist, und das ist Vertrauen: Vertrauen in die politischen Akteure.“

(Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel diese Woche in Berlin)

### In dieser Ausgabe:

Trockenschäden abfedern	2
Religionsfreiheit weltweit stärken	2
Mietrechtanpassungsgesetz	3
Steuerliche Förderung Mietwohnungsbau	3
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken	3
Ausbau der Kita-Finanzierung des Bundes	4

## Es geht voran!

Die Botschaft der Bürgerinnen und Bürger ist bei uns angekommen. Wir müssen jetzt als Koalition in Berlin schnell liefern. Und so stehen in den nächsten Wochen und Monaten große Projekte an, die den Menschen ganz konkrete Verbesserung in ihrem Lebensalltag bringen werden.

Schon in dieser Woche haben wir im Deutschen Bundestag über den weiteren Kita-Ausbau beraten. In den letzten 10 Jahren hat der Bund rund 11 Mrd. Euro in Kitas und deren Betrieb investiert, bis 2022 nehmen wir weitere 5,5 Mrd. Euro dafür in die Hand.

Darüber hinaus haben wir eine große Entlastung der Arbeitnehmer in der gesetzlichen Krankenversicherung beschlossen. Mit Verabschiedung des Versicherungsentlastungsgesetzes werden die Arbeitgeber ab 2019 wieder hälftig den Zusatzbeitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung mittragen. Sozialversicherungspflichtige Ar-

beitnehmer erhalten dadurch mehr netto vom brutto. Dadurch zahlen unter dem Strich Arbeitnehmer und Rentner monatlich bis zu 38 Euro weniger GKV-Beiträge. Eine weitere Maßnahme kommt gesetzlich versicherten Kleinselfständigen zugute, für die hohe Krankenkassenbeiträge oft eine Last sind. Darum wollen wir ab



2019 den monatlichen Mindestbeitrag zur Krankenkasse auf nur noch 171 Euro halbieren. Das ermöglicht eine Entlastung von monatlich bis zu 180 Euro für diese Gruppe. Außerdem soll die soziale Absicherung von Soldaten auf Zeit verbessert werden. Sie sollen sich nach Ende ihrer Dienstzeit in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern können und übergangsweise einen Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen erhalten. Insgesamt erreichen wir eine Entlastung der Beitragszahler in der Höhe von etwa 8 Milliarden Euro jährlich.

Mit der Einführung der Brückenteilzeit ist ein weiterer wichtiger Schritt hin zu einer weiter verbesserten Alterssicherung von Frauen gelungen. Studien belegen, dass mehr als jede zweite erwerbstätige Mutter auch dann noch in Teilzeit arbeitet, wenn ihr jüngstes Kind bereits im Teenageralter ist. Das tun Frauen oft nicht freiwillig, sondern weil ihnen die Rückkehr in Vollzeit verwehrt wird oder weil eine Betreuung fehlt.

Diese Arbeitszeitverkürzung wirkt sich negativ auf das monatliche Einkommen sowie die Rentenansprüche aus. Mit der Brückenteilzeit erleichtern wir die schnellere Rückkehr auf eine Vollzeitstelle. Davon profitieren Frauen sowohl beim Lohn als auch bei der Rente

Bis Weihnachten wollen wir darüber hinaus die Pflege und die Lage der Rentner verbessern sowie weitere Schritte zu mehr bezahlbarem Wohnraum tun. Die Koalition wird auch noch stärker in die innere Sicherheit investieren. Denn wir brauchen einen starken Staat. Es ist an der Zeit, zu handeln.

## Trockenschäden abfedern

In vielen Regionen sind dieses Jahr die landwirtschaftlichen Erträge wegen anhaltender Trockenheit sehr gering, so dass viele Landwirte auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Doch auch unsere Forstwirtschaft ist stark betroffen. Deshalb hat diese Woche der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft im Deutschen Bundestag über die Schäden in der Forstwirtschaft durch die langanhaltende Trockenheit beraten.

Mit großer Sorge beobachten wir die Schäden durch die langanhaltende Trockenheit in den deutschen Wäldern. Auch wenn sich das Schadensausmaß noch nicht genau feststellen lässt, zeigt sich bereits deutlich, dass ein Großteil der Anpflanzungen und Kulturen vertrocknet und durch Schädlinge befallen ist. Die intensiven Bemühungen der Bundesregierung, die Forstwirtschaft bei der

Schadensbewältigung zu unterstützen, sind daher ausdrücklich zu begrüßen.

Sollten die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, muss gemeinsam mit den Bundesländern über eine weitere Unterstützung beraten werden.



Die Hitzeperiode im Sommer und der Sturm "Friederike" im Januar machen deutlich, welche Auswirkungen extreme Wetterereignisse auf unsere Wälder haben können: Trockenschäden, Waldbrände, akuter Borkenkäferbefall und große Mengen Sturmholz.

Die dramatische Lage bereitet den Waldeigentümern große

Sorgen, auch weil in Folge der Ereignisse die Preise auf dem Holzmarkt eingebrochen sind. Neben der kurzfristigen Schadensbewältigung, die mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) unterstützt werden kann, ist es notwendig, unsere Wälder langfristig auf den Klimawandel einzustellen.

Denn: Deutschland ist ein starkes Waldland. Unser Ziel ist, dass dies so bleibt. Dafür braucht es stabile und anpassungsfähige Mischwälder. Den dafür erforderlichen Waldumbau unterstützt der Waldklimafonds. Für 2019 ist dafür ein deutlicher Mittelaufwuchs auf 25 Millionen Euro vorgesehen. Das geplante Kompetenz- und Informationszentrum Wald und Holz wird ebenfalls dazu beitragen, die Wälder fit für den Klimawandel zu machen.

## Religionsfreiheit weltweit stärken

Ein 2017 vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) veröffentlichter Bericht zeigt, dass die Religions- und Weltanschauungsfreiheit in 48 von 198 Staaten teilweise erheblich eingeschränkt wird und Gläubige unterschiedlicher Religionen ausgegrenzt und benachteiligt werden.



Ein besorgniserregendes Beispiel stellt die Lage religiöser Minderheiten im Irak dar, wo bereits Tausende Christen und Jesiden Opfer grausamer Vertreibungs- und Vernichtungskampagnen des sogenannten IS wurden.

Im Rahmen der humanitären und entwicklungspolitischen Unterstützung des Iraks mit 1,3 Mrd. Euro seit

2013 engagiert sich das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit zahlreichen Projekten in der Region.

In einem Antrag der Regierungsfractionen bekräftigen wir die Bundesregierung darin, sich national wie international weiterhin konsequent für das elementare Recht auf Religionsfreiheit und gegen jede Art des religiös motivierten Extremismus einzusetzen sowie die Zusammenarbeit mit den Religionsgemeinschaften weltweit zu intensivieren.

## Mietrechtanpassungsgesetz

Mit dem Mietrechtanpassungsgesetz wollen wir ein wichtiges Signal für bezahlbares Wohnen an die Mieter in unserem Land setzen. Deshalb bringen wir neue Regelungen zur Mietpreisbremse und zur Umlage von Modernisierungskosten auf die Miete auf den Weg:



Für die Dauer von fünf Jahren dürfen in angespannten Wohnungsmärkten jährlich

nur noch acht statt elf Prozent der Kosten auf die Miete umgelegt werden – eine deutliche Entlastung für die Mieter.

Wir schaffen einen Rahmen für die wirtschaftliche Ausgestaltung energetischer Sanierungsmaßnahmen und altersgerechter Umbauten. Mit dem vereinfachten Verfahren bei Modernisierungen bis 10.000 Euro erleichtern wir vor allem Investitionen für private Kleinvermieter. Die umzulegen-

den Kosten einer Modernisierung können jetzt ohne bürokratischen Aufwand berechnet werden.

Dem bewussten Herausmodernisieren von Mietern werden wir hingegen einen Riegel vorschieben. Vermieter werden künftig sanktioniert, wenn sie Modernisierungsmaßnahmen dazu missbrauchen, Mieter aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Damit setzen wir ein klares Signal an die schwarzen Schafe unter den Vermietern. und sorgen für einen gerechten Interessenausgleich.

## Steuerliche Förderung Mietwohnungsbau

Wir haben diese Woche in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Wohnraumoffensive beraten.

Unser Ziel ist es, dass insgesamt 1,5 Millionen neue Wohnungen und Eigenheime zusätzlich gebaut werden.

Hintergrund ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen. Um die Nachfrage durch verstärkten Mietwohnungsneubau zu decken, zielt die Einführung einer Sonderabschreibung darauf ab, insbesondere private Investoren

nun zum Bau preiswerter Mietwohnungen zu bewegen. Die bestehenden steuerlichen Vorteile werden zeitlich befristet noch attraktiver. So ermöglichen wir durch gezielte Förderung die Schaffung neuer Mietwohnungen im unteren und mittleren Preissegment.

## Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sinken

Mit dem Qualifizierungschancengesetz, das wir diese Woche im Bundestag beraten haben, konnte die Unionsfraktion durch die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um 0,5 Prozentpunkte auch eine Entlastung für die Arbeitnehmer durchsetzen. Sie geht sogar über das hinaus, was ursprünglich im Koalitionsvertrag vorgesehen war. Statt um 0,3 Prozentpunkte wird der Arbeitslosenversicherungsbeitrag zum 1. Januar 2019 per



Gesetz um 0,4 Prozentpunkte von derzeit 3,0 auf 2,6 Prozent gesenkt. Zusätzlich erfolgt per Verordnung eine weitere zunächst bis Ende 2022 befristete Absenkung um weitere 0,1 Prozentpunkte. Damit sinkt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf einen historischen Tiefstand. Vor etwas mehr als 10 Jahren, im Jahr 2006, lag der Beitrag noch bei 6,5 Prozent.

Diese Verbesserungen sind möglich durch die gute Finanzlage der Bundesagentur für Arbeit. Zum Ende des Jahres 2018 wird

sich eine Rücklage der BA von rund 22,5 bis 23 Mrd. Euro ergeben. Selbst mit der Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages um 0,5 Prozent erwartet die BA aber Ende 2019 ebenfalls einen zusätzlichen Überschuss von 500 bis 700 Millionen Euro.

Das Qualifizierungschancengesetz schafft die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen, Weiterbildung und Qualifikation. Es bietet außerdem ausreichenden Schutz und Entlastung für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wandel der Digitalisierung.



**AXEL E. FISCHER**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

„Die CSU hat sich nach den Sondierungsgesprächen für das Bündnis entschieden, das mehr Stabilität verspricht. Mit den Freien Wählern kann zudem eine reine „Bayern-Koalition“ gebildet werden, bei der keine Partei in der Regierung ist, die aus Berlin gesteuert wird.“

(Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit den Freien Wählern)

## Ausbau der Kita-Finanzierung des Bundes

Eltern wollen, dass ihre Kinder gut betreut sind. Daher ist ein Herzensanliegen der Fraktion beim Thema Familie der Kita-Ausbau. Wer selbst kleine Kinder hat, weiß, dass Erzieherinnen und Erzieher in den Kindertageseinrichtungen und Krippen eine Menge leisten. Dennoch bleibt oft zu wenig Zeit für die individuelle Betreuung der einzelnen Kinder. Das soll sich jetzt ändern. Dank der finanziellen Unterstützung durch den Bund können die Kommunen nun bei der Kinderbetreuung aufsatteln. Nicht nur damit steht diese Legislaturperiode im Zeichen der Familien. Denn nach dem Baukindergeld und der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag bringt die Koalition nun mit dem "Gute-Kita-Gesetz" ein weiteres wichtiges Projekt auf den Weg, um das Leben der Familien in Deutschland zu verbessern.

Der in erster Lesung debattierte Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund in den nächsten vier Jahren 5,5 Milliarden Euro an die Bundesländer überweisen wird, um die Qualität der Kitas zu verbessern und die Familien bei den Kita-Beiträgen zu entlasten. Damit das Geld tatsächlich dort ankommt, wo es ge-

braucht wird, will die Bundesregierung mit den 16 Bundesländern individuelle Verträge abschließen, in denen konkret und nachprüfbar festgelegt wird, auf welche Weise und in welchem Zeitrahmen die Qualität der Kitas verbessert und die Eltern finanziell entlastet werden.



Unser vorrangiges Ziel ist die Verbesserung der Qualität der Kitas und die Schaffung von mehr Betreuungsplätzen.

In dem Gesetz werden vier Bereiche genannt, die bei der Qualitätsverbesserung besondere Priorität haben:

- ein guter Fachkraft-Kind-Schlüssel,
- bedarfsgerechte Angebote wie zum Beispiel verlängerte Öffnungszeiten, Gewinnung und Sicherung qualifizierter Fachkräfte sowie
- Stärkung der Kita-Leitungen etwa durch Fort- und Weiterbildung.

Das Geld kann ebenfalls dafür verwendet werden, Räume kindgerechter zu gestalten, für gesündere und ausgewogenere Ernährung, die Förderung von Bewegung oder auch Gesundheits- und Sprachbildung sowie

die Verbesserung der Kindertagespflege zu sorgen.

Damit setzt der Bund seine Politik der Einflussnahme auf die Kommunen fort. Seit 2009 wurden bereits mehr als sechs Milliarden Euro für die Betriebskosten der Kitas an die Länder überwiesen. Hinzu kamen weitere rund 4,4 Milliarden für Investitionen und seit 2016 zwei Milliarden durch Wegfall des Betreuungsgelds, die nun ebenfalls für die Kinderbetreuung an die Länder gehen.

Einerseits ist eine gute Kinderbetreuung nicht nur ein wichtiger Pfeiler für Vereinbarkeit von Familie und Beruf und erleichtert die Berufstätigkeit von Eltern. Andererseits kann diese auch Kindern in benachteiligten Familien bei einer guten Entwicklung helfen. Da der Bund die Kitas nicht selbst betreibt, müssen jetzt geeignete Kontrollmechanismen geschaffen werden, so dass sichergestellt werden kann, dass die Bundesländer, das Geld des Bundes „passgenau“ für die Bedürfnisse der Kinder und Familien einsetzen und die Qualität der Betreuung tatsächlich erheblich verbessert wird. Es wäre schade, wenn die Bundesmittel einfach nur als willkommene Aufstockung der Länderfinanzen sachfremd verwendet würden. Das Gesetz soll noch vor der Weihnachtspause von Bundestag und Bundesrat beschlossen werden.